

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 89 (1995)
Heft: 9

Rubrik: Zeichen der Zeit : nein zur Privatisierung der Kirchen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 30.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zeichen der Zeit

Nein zur Privatisierung der Kirchen

Am 24. September wird im Kanton Zürich über die Initiative «Trennung von Staat und Kirche» abgestimmt – mit Signalwirkung für die gesamte Schweiz und vielleicht auch über sie hinaus. Wie die Leseinnen und Leser der Neuen Wege wissen, bin ich alles andere als ein Anhänger des Status quo. Die Anerkennung oder doch Unterstützung weiterer religiöser und weltanschaulicher Gemeinschaften ist mir ebenso ein Anliegen wie die Abschaffung von Staatsbeiträgen aus umstrittenen «historischen Rechtstiteln». Mein weitergehender Vorschlag einer Mandatssteuer¹ ist im Zürcher Kantonsrat zwar gescheitert, was aber nicht heisst, dass alle seine Elemente ein für allemal vom Tisch wären. Ich stelle ganz im Gegenteil in diesen Fragen sehr viel Umdenken von seiten der Kirchen fest, die sich ja schon 1982 für die Anerkennung weiterer Religionsgemeinschaften und für die kirchliche Autonomie bei der Gewährung des Stimmrechts an Mitglieder ohne Schweizerpass und an Jugendliche eingesetzt haben. Leider ist die damalige Abstimmungsvorlage gescheitert – nicht zuletzt an jenen Kräften, die heute hinter der Initiative stehen. Das Nein zur Initiative ist jedenfalls kein Nein zu diesen Alternativen. Sie würden vielmehr verunmöglicht, wenn das Ja zur Initiative ob siegte.

Bei dieser Initiative geht es um Fragen, die für das Heimatrecht von vielen Gläubigen in den Kirchen von identitätsstiftender Tragweite sind: Es geht um das politische Sprechen und Handeln in und mit den Kirchen, um die kirchlichen Sozialwerke, die es ohne Steuermittel nicht gäbe, und um die innerkirchliche Demokratie, die durch die Strafversetzung ins Privatrecht einen erheblichen Substanzverlust erfahren würde.

Glaube ist immer persönlich, aber nie privat

Die Initianten und wenigen Initiantinnen meinen, Religion gehöre zum «*privaten Bereich*» und sei insofern nicht für die Öffentlichkeit bestimmt, dürfe daher auch keine politische Relevanz beanspruchen. Ja, sie lancierten die Initiative als Strafaktion gegen eine politisch missliebige Kirche, die sich für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung einsetzt, die als letzte noch funktionierende «Internationale» der Fremdenfeindlichkeit den Kampf ansagt und, wenn es um die Ausschaffung von an Leib und Leben bedrohten Asylsuchenden geht, den Konflikt mit dem Staat nicht scheut. Im Bestreben, den Kirchen einen Maulkorb umzuhängen, unterstützt auch die ehemalige Autopartei, die sich heute «Freiheits-Partei» nennt, die Initiative. Wäre es anders, so trüge entweder diese Partei ihren neuen Namen zu Recht oder aber die Kirchen hätten etwas falsch gemacht. Ich werte die Unterstützung der Initiative von dieser Seite als schönstes Kompliment an die Adresse der Kirchen. Es zeigt, dass ihnen die Ärmsten in unserem Land wichtiger sind als die materialistischen Kultobjekte einer nekrophilen Partei.

Es gibt zwar auch ein «*liberales Komitee*», das vorgibt, sich von allen Disziplinierungsversuchen gegenüber den Kirchen zu distanzieren. Doch der Schein trügt. Das Komitee vertritt exakt die Position jenes Wirtschaftsliberalismus, der seine Kreise nicht durch sozialethische Kritik von seiten der Kirchen gestört sehen will. Die «Neoliberalen» in diesem Komitee haben «ihren Hayek» gut gelesen. Sie polemisieren nicht weniger als der Chefideologie des totalen

Marktes gegen die «soziale Gerechtigkeit», dieses angebliche «Schlagwort des Sozialismus», dem die Kirchen auf den Leim gekrochen seien.² Wo der Markt das Mass aller Ding ist, duldet er keine Sozialethik, die ihn dem Gemeinwohl unterordnen würde.

Religion sei «Privatsache», ist die Prämissen, von der die Initiative ausgeht. Insofern diese Begründung nicht nur meint, Religion sei keine «Staatssache», was ja gewiss zutrifft, sondern auch die politische Bedeutung der Botschaft vom Reich Gottes leugnet, muss sie mit theologischen Argumenten bekämpft werden. Es mag gewiss Menschen geben, die Religion ausschliesslich als individuellen Seelentrost verstehen. Ihre «privatistische» Religion wäre zu respektieren – wie jede *nicht-christliche Religion*. Ebenso gewiss handelte es sich dabei nicht um die Nachfolge des Rabbi von Nazareth, der das Volk «aufwiegelte» (Lk 32,5) und dem politischen Justizmord am Kreuz zum Opfer fiel. «Der wahre Glaube an Christus ist immer persönlich, aber er ist nie privat.»³ Auch das gälte es zu respektieren. Neu ist, dass «Liberale» der Kirche vorschreiben wollen, wie sie ihre Botschaft auszulegen habe. Der «Götze Markt» schlägt zurück und versucht, das kirchliche Sprechen und Handeln von den Interessen privater Geldgeber abhängig zu machen, es über den Finanzhahn zu disziplinieren.

Die Leidtragenden wären die Ärmsten

Früher dachte ich, im Sozialismus seien die sozialen Werke der Kirchen kein Thema mehr. Heute bin ich mir da nicht mehr so sicher, zumal der Sozialismus nicht weniger unter «Parusieverzug» leidet als das Reich Gottes. Heute käme die Privatisierung der Kirchen jedenfalls einem *sozialen Kahlschlag* gleich. Sie würde unzähligen Menschen in Lebenskrisen und anderen Notlagen Hilfe und Beistand entziehen. Und das in einer Zeit, in der die Gesellschaft mit immer mehr sozialen Defiziten konfrontiert wird:

Armut und Diskriminierung, berufliche Überforderung und psychosomatische Störungen, Vereinsamung durch Krankheit und Alter nehmen zu. Kinder erleiden vielfältige Formen von Gewalt, Jugendliche zweifeln an einer Zukunftsperspektive. Langzeitarbeitslose und Alleinerziehende werden an den Rand der Gesellschaft gedrängt. Drogenabhängige und Aidskranke verlangen oft vergeblich nach menschlicher Zuwendung. Asylsuchende sind Opfer einer Welt in Unordnung und finden dennoch wenig Verständnis in unserem reichen Land. Ihnen allen, gleich welcher Konfession, Religion oder Weltanschauung sie angehören, bieten die Kirchen vielfältige *Begleitung und Unterstützung* an.

Die Leidtragenden wären nicht in erster Linie die Kirchen oder die zahlreichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im sozialen Bereich mit seinen 600 Vollzeitstellen, obwohl dieses «Arbeitsplatzargument» hier weit eher angebracht wäre als beim Ausbau des Flughafens Kloten oder bei den Geldspielautomaten, über die das letzte Mal im Kanton Zürich abgestimmt wurde. Nein die Leidtragenden wären die Ärmsten – bei uns wie in der *Dritten Welt*. Die Hilfswerke der evangelischen Kirchen der Schweiz weisen darauf hin, dass nicht nur die 5 Millionen Franken aus Steuermitteln für die Auslandshilfe ausblieben, sondern dass auch die 12 Millionen Spenden aus den Kirchgemeinden für andere Zwecke eingesetzt werden müssten. Doch die neoliberale Ideologie ficht das alles nicht an. Wer sich am Markt nicht behaupten kann, ist selber schuld. So will es diese «Opferreligion», die alles, auch Leben und Gesundheit der Ärmsten, dem «Götzen Markt» darbringt.

Triumph der Fundamentalismen

Dass Religion Privatsache und daher vom Staat zu trennen sei, ist keine neue These. «Ecrasez l’infâme!» war schon der Schlachtruf der *revolutionären Bourgeoisie*. Aber diese hat in der Folge mit der Kirche Frieden geschlossen, von ihr sich den Kapitalismus legitimieren lassen. Neu

ist, dass die Kirche sich je länger desto weniger als ideologische Agentur des Besitzbürgertums vereinnahmen lässt. Die Reaktion konnte nicht ausbleiben. Nur braucht es diesmal keinen Kulturkampf. Es genügt, das «Problem» den «heilenden Kräften des Marktes» zu überlassen. Der Markt allein ist wahr, also soll er auch über die Wahrheit von Religion entscheiden.

Die Privatisierungsideologie leugnet, dass öffentlich relevante Institutionen wie Schulen, Universitäten und eben auch Kirchen ihre *Unabhängigkeit* verlieren, wenn sie, dem «freien Markt» überlassen, Objekte privater Geldmacht werden. Dieser «doktrinär-liberalen Auffassung», die nur die «formelle Freiheit» betone, hat schon der freisinnige Zürcher Staatsrechtler Max Huber (1874–1960) mit dem Argument widersprochen, dass durch die staatliche Anerkennung der Kirchen «die tatsächliche Freiheit des religiösen Lebens besser gewahrt werden kann als bei völliger Indifferenz des Gesetzgebers».⁴ An dieser Frage muss sich das Bürgertum auch heute wieder zwischen dem ökonomischen und dem politischen Liberalismus entscheiden.

Zusammen mit der inneren Freiheit der Kirche ginge auch die *innerkirchliche Demokratie* zugrunde. Es gäbe keine Kirchengemeinden und Kirchenparlamente mehr.

Die Privatkirchen würden abhängig vom privaten Kapital, das nur in sich selbst zu investieren pflegt und von den Kirchen die entsprechende Gegenleistung verlangte. Nochmals anders wäre die Situation in der katholischen Kirche. Hier hätte der unrechtmässig zu seinem Amt gekommene Bischof von Chur wieder das Sagen. Es ist denn auch nur logisch, dass seine Lobby sich für die Trennungsinitiative einsetzt...

Marktfundamentalismus und *religiöser Fundamentalismus* ergänzen sich. Die Verödung der Gesellschaft durch den totalen Markt verlangt nach Kompensation in neuen oder auch sehr alten «Gewissheiten», während diese im totalen Markt das «Jammertal» bestätigt finden, von dem sie profitieren. Beide Fundamentalismen futieren sich im Namen ihrer «absoluten Wahrheit» um den demokratischen Diskurs. Darum ist sie nicht zufällig, diese unheilige Allianz zwischen katholischer Restauration und Neoliberalismus in der Frage der Trennung von Staat und Kirche.

1 Vgl. Die Mandatssteuer – eine Alternative zur Trennung von Staat und Kirche, in: NW 1995, S. 96ff.

2 Vgl. Ende der Sozialen Marktwirtschaft, in: NW 1995, S. 213.

3 Frieden in Gerechtigkeit, Dokument der Europäischen Ökumenischen Versammlung 1989, Nr. 43.

4 Max Huber, Trennung von Kirche und Staat, in: Gesammelte Aufsätze, Band II, Zürich 1948, S. 171f.

Aus unseren Vereinigungen

Jahresversammlungen 1995 der Freundinnen und Freunde der Neuen Wege und der Religiös- sozialistischen Vereinigung der Deutschschweiz

Es hat sich bereits eingespielt, dass die Jahresversammlungen der Religiös-sozialistischen Vereinigung und der Freundinnen und Freunde der Neuen Wege am selben Tag stattfinden und mit einer gemeinsamen Veranstaltung an die Öffentlichkeit treten. Diesmal tagten die beiden Vereinigungen am 24. Juni im Hotel Limmat in Zürich. Die öffentliche Veranstaltung galt dem Thema:

Krise oder Aufbruch der sozialen Bewegungen

Was ist aus den grossen sozialen Bewegungen der 80er Jahre, aus der *Frauen-*, *der Dritt Welt-*, *der Friedens-*, *der Umwelt-* und *der kirchlichen Basisbewegung* geworden? Was bewegt sie? Was bewegen sie noch? Soweit die Ausgangsfrage für den Erfahrungs- und Meinungsaustausch, an dem sich unter der Gesprächsleitung von Hansjörg Braunschweig als Podiumsgäste beteiligten: Béatrice Breitschmid (Autonomes Frauenzentrum), Maya Doetzkies (Erklärung von Bern), Arne Engeli (Schweizerischer Friedensrat), Reinhard Lang («aufbruch»-Bewegung, Basisgemeinden), Urs Sekinger (Solidaritätsfonds für soziale Befreiung, «Solifonds») und Matthias